

ES GIBT EINE GRENZE!

DOKUMENTE des ANTISEMITISMUS und des GESCHICHTSREVISIONISMUS

Quelle Alle FOTOS der Demonstrationen Dezember 2008 / Januar 2009 auf <http://www.arbeiterfotografie.com>

Köln 17.1.08



Zu den genaueklärerischen, geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Erscheinungen während der Demonstrationen in Deutschland anlässlich des Gaza-Konflikts im Dezember 2008 / Januar 2009

ES GIBT EINE GRENZE!

Zu den gegenaufklärerischen, geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Erscheinungen während der Demonstrationen anlässlich des Gaza-Konflikts Dezember 2008 / Januar 2009

Sicherlich gilt es sehr ernste Diskussionen zu führen, wie in Flugblättern, Internetseiten, Zeitschriften und Zeitungen der militärische Schlag der israelischen Armee gegen offene und versteckte Militärbasen der Hamas, bei der sehr viele Zivilisten getötet wurden, dargestellt wurde.

Die Palette der Absurditäten ist groß.

Sie reicht vom „hochinformierten“ Stammtischbruder („Was die Juden da in Pakistan machen...“) bis zu Alt-Aktivist*innen irgendwelcher „Palästina-Komitees“, die pseudomarxistisch daherkommen und erklären, dass die Hamas „objektiv“ fortschrittlich sei, obwohl die ihnen längst die Kehle durchgeschnitten hätten – kämen sie mit Marx unterm Arm.

Doch darum soll es hier nicht gehen. Und eine ernsthafte, begründete Solidarität mit der leidgeprüften palästinensischen Bevölkerung, eine Kritik an der israelischen Regierung und den Handlungen des israelischen Militärs für sich genommen ist völlig legitim und hat keineswegs – wie immer dahergelogen wird – den angeblichen Reflex zur Folge, dass man „von Juden“ als „antisemitisch“ beschimpft wird.

Es geht hier darum, zu analysieren, wie geschichtsrevisionistische und antisemitische Slogans real auf der Straße auch in der so genannten „gewerkschaftlichen Linken“ Fuß fassen. Es ist eine dokumentierte Tatsache, dass ohne jegliches Schamgefühl auf den Demonstrationen im Dezember 2008 / Januar 2009 die geschichtsrevisionistische Gleichsetzung der Politik Israels mit den Nazis, dem Holocaust (siehe die Fotos von den aktuellen Demonstrationen), der Schulterschluss mit türkisch-reaktionären Organisationen und die inhaltlichen Parolen der Hamas, deren Anhänger einschließlich klar antisemitischer Hetz-Transparente („Juden = Tätervolk“) massiv vertreten waren, geduldet wurde.

Es geht darum, dass dies von sich selbst als „links“-gewerkschaftlich verstehenden Menschen teils unterstützt, teils „solidarisch“ kritisiert, **auf jeden Fall aber toleriert wurde.**

Die nachfolgenden Fotos wurden keinesfalls mit kritischem Kommentar, sondern eher mit einem gewissen Stolz auf einer deutschen Homepage mit dem Namen „Arbeiterphotographie“ veröffentlicht. Es geht nicht lediglich um eine Stadt, sondern – das beweisen die Bilder – insbesondere der Geschichtsrevisionismus war sozusagen auf allen solchen Demonstrationen gegenwärtig.

Um so wichtiger ist es für alle wirkliche Linken in Deutschland, als einen Ausgangspunkt selbstverständlichen demokratischen Bewusstseins zu verstehen, dass die ständigen **agitatorischen Gleichsetzungen des NS-Regimes mit aktuellen politischen Tagesereignissen** eine theoretisch unterfütterte (Historikerstreit – Ernst Nolte u.a.) und vorbereitete Verharmlosung des NS-Regimes darstellt.

Die geschichtliche Einmaligkeit eines staatlich umfassend organisierten und industriell durchgeführten Völkermords des deutschen NS-Systems an der jüdischen Bevölkerung sowie den Sinti und Roma Europas – vom Baby bis zum Greis, - wen die NS-Mörder irgend fassen konnten – in den Vernichtungszentren von Auschwitz-Birkenau, Majdanek-Lublin, Treblinka, Sobibor, Chelmo, und Belzec ist eindeutig bewiesen.

Jede tagespolitische „Nutzung“ des Holocaust, der Shoah, als agitatorischen „Vergleich“ mit diesem oder jenem aktuellen Ereignis verbietet sich.

DAS ist eine Grenze. Und diese Grenze wurde – in der Wirkung geschichtsrevisionistisch und das aktuelle Problem umlügend – nicht vereinzelt, sondern systematisch überschritten.

* * *

Noch ein paar Worte zur Klarstellung:

Auf die pointierte Frage „Wer ist Schuld am Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in Deutschland?“ gibt es eine reaktionäre, nationalistische und primitive Antwort: „Die Ausländer, die Türken, die Araber usw. sind schuld!“

Wir kennen diese Melodie und ihre Verfasser genau. Vorurteile schüren, Nationalismus und Rassismus, eben Pauschalurteile verbreiten ist auch in dieser Frage eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.

An dieser Stelle wäre es zudem sinnvoll, genau hinzuschauen, wer bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstrationen sowie bei der taktische Ausrichtung während der Demonstrationen selbst (welche Schilder getragen werden sollten und welche Schilder dann doch – noch? – als „zu krass“ von Ordnern verhindert wurden) entscheidenden Anteil hatte.

Die nachfolgenden Fotos – ich wiederhole es – sind jedenfalls von deutschen „Aktivisten“ zustimmend und nicht nur dokumentierend ins Netz gestellt worden – wahrlich keine Dokumentation palästinensisch-israelischer Freundschaft von unten, an der zu arbeiten die einzige tragfähige Lösung ist.

Frankfurt, den 8. März 2009

ANHANG

- Fotodokumentation zu den Demonstrationen Dezember 2008 / Januar 2009
- Erklärung über die Einstellung meiner Mitarbeit an der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt
- Kritik an einem Artikel der Frankfurter Lehrerzeitung (GEW Frankfurt)

DOKUMENTE des ANTISEMITISMUS und des GESCHICHTSREVISIONISMUS

Quelle Alle FOTOS der Demonstrationen Dezember 2008 / Januar 2009 auf
<http://www.arbeiterfotografie.com>

Köln 17.1.08



Köln 17.1.2009



Bremerhaven 17.1. 2009



Düsseldorf 3.1.2009



Köln 10.1.2009



Köln 10.1.2009





Düsseldorf 3.1.2009





Düsseldorf 3.1. 2009



Düsseldorf 3.1. 2009



Düsseldorf 3.1.2009



Bonn 2.1. 2009



Bonn 2.1. 2009







Präsident Ahmadinejad
zu Gast bei Freunden
Demonstration am 17.06.06
in Frankfurt/Main

Treffp.: Frankfurt Bhf Süd 12 Uhr
Veranstalter : Freie Kräfte
iranunterstuetzer@atlantisgoose.com

Nazi Aufruf zur WM 2006 in Frankfurt am Main

Zur faktische Auflösung der Anti-Nazi-Koordination in ihrer ursprünglichen Funktion

Erklärung über die Einstellung meiner Mitarbeit

Benjamin Ortmeyer

22. Februar 2009

Zur faktische Auflösung der Anti-Nazi-Koordination in ihrer ursprünglichen Funktion

Erklärung über die Einstellung meiner Mitarbeit

Dass ich meine Mitarbeit in der ANK hiermit beende, hat im Wesentlichen zwei Gründe:

ERSTENS: In der Tat geht es um eine inhaltliche Neuausrichtung der ANK, die mich angesichts der Tolerierung von Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus tief entsetzt. Die beigelegte Sammlung von FOTOS auf den Demonstrationen Dezember 2008 / Januar 2009 sind der – auch emotional - ausschlaggebende Grund.

ZWEITENS: Dahinter steht jedoch – anders als vielleicht bei anderen – eine grundlegende methodische Kritik, die den Charakter der Anti-Nazi-Koordination, der ich seit 2001 angehört habe, betreffen. Ich bitte meine gesamte Erklärung einschließlich der Dokumentation als GANZES zu behandeln.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Benjamin Ortmeyer

1.

Um den Mai 2001 gründete sich in Frankfurt am Main die ANK angesichts geplanter und unter Polizeischutz durchgeführter Nazi-Aufmärsche unter hämischer Berichterstattung der nazi-orientierten Presse.¹ Im Vorfeld der Gründung gab es verständlicherweise Diskussionen über den Namen: Eine weitere „antifaschistische“ Gruppe? Eben nicht. Und zwar in doppelter Hinsicht. Ein besonderer Name wurde gefunden und für gut befunden.

a) Der Name enthält den Begriff „**Anti-Nazi**“. Das war eine – heute nicht mehr? – bewusste Entscheidung gegen jene Konzeption, die mit einem bestimmten Begriff des Faschismus von **Besonderheiten des deutschen Nazi-Faschismus ablenken**² wollte. Die so genannte „Ovomaltine-Konzeption“ „einer „antifaschistischen“ Gruppe³, die über ein begrenztes Ziel hinaus sich um **alle** sozialen und politischen Themen zu kümmern habe, wurde verworfen.

b) Außerdem enthielt der Name den Begriff „**Koordination**“ – durchaus im Zusammenhang mit dem Begriff „Anti-Nazi“ –, eine klare Aufgabe, bei konkreten Anlässen gegen Nazis Aktionen zu „koordinieren“, der schädlichen Ausgrenzung einzelner Gruppen entgegenzutreten und Zusammenarbeit am konkreten Fall anzubieten und ohne jeden Führungsanspruch mit zu organisieren.

2.

¹ „**25. Mai 2001.** Wenige Interessierte sind am letzten Mai-Wochenende (26./27. Mai) der Einladung von DGB-, IG Metall-, GEW-Funktionären und allerlei linksextremistischen Gruppierungen zu einer ‚Strategiedebatte über den Widerstand gegen den Rechtsradikalismus‘ in das Kommunikationszentrum der Frankfurter Johann Wolfgang von Goethe-Universität gefolgt. Über die am Ende der Veranstaltung verteilte ‚Gründungserklärung der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt‘ wurde nicht abgestimmt. Während der DGB-Kreisvorsitzende Harald Fiedler davor warnte, durch zu großen Radikalismus die ‚gemäßigten Kräfte‘ beim ‚gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsradikalismus‘ abzuschrecken, vertrat seine IG-Metall-Kollegin Katinka Poensgen die Meinung, die Gewerkschaften hätten sich auf jeden Fall an der (äußerst gewalttätig verlaufenen) ‚Kundgebung‘ der Linksextremisten beteiligen müssen. Den Vogel schoss der GEW-Funktionär Benjamin Ortmeyer mit der Bemerkung ab: ‚Hätte es am 1. Mai in Frankfurt keine Polizisten gegeben, hätte es auch keine Nazis gegeben!‘“ (Junge Freiheit, 8.6.2001)

² Bewusst ist im Schwur von Buchenwald von den Wurzeln des „**Nazismus**“ die Rede – und nicht von Faschismus ganz allgemein, wie immer wieder vulgarisiert und verfälscht wird.

³ In „Faschismus“, so diese faule „Theorie“, steckt eben automatisch (so wie angeblich in Ovomaltine) und „objektiv“ alles drin – mit der demagogischen Pointe, dass wer gegen den Faschismus ist „automatisch“ auch gegen X, Y und Z usw. sein müsse.

Auf dieser Basis wurde – immer begleitet von Versuchen einzelner Mitglieder des offenen Plenums der ANK, bestimmte Gruppen bei Anti-Nazi-Aktionen auszuschließen, die sich aber nicht durchsetzen konnten – mehrere Jahre bis in kürzester Zeit erfolgreich die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen koordiniert. Die Liste dieser Zusammenarbeit seit 2001 ist lang und muss hier nicht wiederholt werden.

3.

Die zunächst heftigste Krise ergab sich, als bei der Vorbereitung unserer Gegenaktionen während der WM 2006 gegen eine „Pro-Iran-Präsidentschafts-Nazi-Demonstration“.

Es passierte, dass schriftlich und mündlich auf einmal einzelne Personen – dokumentiert auf der Homepage der Gruppe „A-Photographie“ – in der ANK den iranischen Präsidenten in Schutz nahmen, von „Übersetzungsfehlern“ faselten, um vom Kern abzulenken, der dann im Spiegel-Gespräch mit dem iranischen Präsidenten deutlich wurde: **Die Internationale der Holocaust-Leugner/Diskuteure schließt nicht nur Horst Mahler, Hamas, Hisbollah, sondern auch den iranischen Präsidenten ein.**

Deswegen, so damals dann doch die klare Entscheidung der ANK, ist es richtig in einem Aufruf gegen die deutschen Nazis auch auf diesen Zusammenhang einzugehen (dass dann die Endfassung des von der ANK verbreiteten Aufrufs doch nicht so ganz der verabschiedeten Fassung entsprach, mag Zufall gewesen sein oder nicht – damals entstand jedenfalls ein gewisser Konsens durch Debatte).

4.

Die Entwicklung der letzten Monate habe ich aus beruflich-privaten Gründen mehr von außen verfolgt. Sie spiegelt sich in der ANK-Homepage, aber auch in teils seriösen, teils skurrilen Fäkalien-„Blogs“ wider. Auf einer Sitzung, wohl Ende 2008, wurde zur Eindämmung einer wirren Debatte zunächst sinngemäß beschlossen, dass die ANK-Homepage (Teil Offiziell) von allgemeiner Israel-Palästina-Debatte, wenn es keinen Bezug zu koordinierenden Aktionen gibt, frei zu halten bzw. an speziellen Plätzen abzulegen sei.

5.

In den Beschlüssen der ANK spiegelte sich nun wider (ich schildere es von außen, da ich an den Sitzungen nicht mehr teilgenommen habe), dass der breitmögliche Begriff des „Antifaschistischen-Ovomaltine-Konzepts“ – wer gegen Nazis ist, muss gegen Studiengebühr sein; wer gegen Nazis ist, muss gegen Sozialabbau und Harz IV sein; wer gegen Nazis ist, muss gegen ... sein; wer gegen Nazis ist, muss gegen ... sein⁴ –, also **allgemein politische Positionierungen Schritt für Schritt durchgesetzt wurden. Der Charakter der Anti-Nazi-Koordination als Koordination gegen Nazis wurde geändert.**

6.

Diese Öffnung ist **formal** die entscheidende falsche Weichenstellung, durch das es zu dem nur logischen Desaster, der faktischen Auflösung der Anti-Nazi-Koordination als Organisation mit dem Ziel der Koordination von Aktionen gegen Nazis kommen konnte. Der ursprüngliche Sinn der Gründungserklärung war weg.

⁴ Das lässt sich noch „positiv“ weiterführen. Wer gegen den „Faschismus ist, muss dann angeblich – wahlweise oder im Paket – China heute für kommunistisch halten, dann darf man Uri Avnery, der die Blockade Leningrads mit Gaza vergleicht, für keinen Geschichtsrevisionisten halten, muss wohl für den Einmarsch der sowjetischen Truppen zur Zeit Breschnews in Afghanistan sein usw. – was eben noch so alles im Rucksack drin ist...

7.

Dass in der Folge die ANK auch beansprucht, sich kompetent auf Gebieten der internationalen Politik zu äußern, ja in den Bündnisverhandlungen zum 14. Januar forderte, zum aktuellen Stadium des Nahost-Konflikts⁵, (die Analyse der Lage in Sri Lanka, im Kongo, im Sudan, in Nepal steht noch aus) Stellung zu nehmen, führte logischerweise und wohl auch in geplanter Weise zu unüberbrückbaren Konflikten.

8.

Zu den vielleicht größten „Gemeinheiten“ in all diesen Debatten – die aus meiner Sicht erst einmal nicht in die ANK hineingehören – gehört die bundesrepublikanische Lüge, der Streit ginge darum, ob israelische Politik kritisiert werden dürfe. Diese Lüge wird meist noch gewürzt mit der weiteren Lüge, dass angeblich „jeder, der Israels Politik kritisiert, als Antisemit“ bezeichnet würde. Der springende Punkt, der eine inhaltliche Zusammenarbeit unmöglich macht, ist nun wahrlich NICHT, dass jemand die israelische Außenpolitik kritisiert.

9.

Der springende Punkt, der eine inhaltliche Zusammenarbeit unmöglich macht, ist, dass bei den faktisch antiisraelischen Kundgebungen und Demonstrationen in der BRD (und in anderen europäischen Ländern) im Dezember 2008/Januar 2009 **der reale Schulterschluss mit der hier lebenden Anhängerschaft der Hamas und ebenfalls tiefreaktionär-faschistoiden anderen Organisationen aus der Türkei⁶ auf der Straße praktisch durchgeführt wurde.**

10.

Ich habe mich (das letzte Mal auf einer Veranstaltung im Studentenhaus der Goethe-Universität Frankfurt) auch öffentlich⁷ für die ANK engagiert und auch für eine Zusammenarbeit mit dem AStA. Vielleicht war es ein Fehler, vielleicht war es den Versuch wert. Die aktuelle ANK aber – die wirren Debatten auf den Disussionsseiten der ANK-Homepage seien Beleg dafür – ist nicht nur ein Bild des Jammers und des Zerfalls. Geschichtsrevisionismus ist unwiderlegbar Teil der Diskussions-Unkultur und der Aktions-Unkultur wichtiger Teile der ANK geworden. Das ist für mich unerträglich.

Frankfurt am Main, den 20. Februar 2009

Benjamin Ortmeyer

⁵ „Die Anti-Nazi-Koordination hat bei ihrer Sitzung am gestrigen Abend (12. Januar) beschlossen, ihre Unterstützung der Demonstration *„Alles muss man selber machen – sozialen Fortschritt erkämpfen!“* an die Bedingung zu knüpfen, dass in einem der Redebeiträge dieser Demonstration gegen den Gazakrieg Israels Stellung genommen wird.“ (Homepage der ANK)

⁶ „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ in Duisburg.

⁷ „Aufklärung gegen Nazis“ – Mobilisierungsveranstaltung am 15. Juni 2007, 19 Uhr, Studierendenhaus Campus Bockenheim, 1. Stock (Festsaal). Der AStA der Uni Frankfurt, die Anti-Nazi-Koordination und Frankfurter Antifa-Gruppen laden hiermit zu einer Veranstaltung ins Studierendenhaus der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Campus Bockenheim, 1. Stock (Festsaal) ein.“

ANHANG I

Ideologie contra Realität, die ERSTE:

„Natürlich gibt es Antisemiten, Nazis und andere Rechte in Deutschland, die sich an unsere Proteste anhängen wollen.“ (Hans Christoph Stoodt, Junge Welt, 8.1.2008).

Anhängen? Die Masse der HAMAS-Anhänger war doch unübersehbar auf den Demonstrationen, vor allem aber dominierte, wie die Gruppe Arbeiterphotographie voll Stolz dokumentierte, die hemmungslose geschichtsrevisonistische Hetze.

Ideologie contra Realität, die ZWEITE:

„Natürlich haben wir in der Bundesrepublik ein Problem: Vielen Menschen fällt es aus historischen Gründen – wegen des Holocaust – schwer, sich im Nahostkonflikt israelkritisch zu äußern.“ (Hans Christoph Stoodt, Junge Welt, 8.1.2008).

„Natürlich“? „wir in der Bundesrepublik“? Wer sind „viele“? Fällt es nicht „vielen“ nachweisbar ausgesprochen leicht? Fragen über Fragen.

Ideologie contra Realität, die DRITTE:

„Deren (israelische Staatsführung) Politik ist in ihren Auswirkungen im Moment selber in Gefahr, antisemitisch zu wirken.“ (Stoodt JW 8.1.2008)

Ohne israelische Staatsführung, und deren Politik, weniger Gefahr des Antisemitismus??? Was für Vorstellungen über die Entstehung von Antisemitismus sind das denn?

Ideologie contra Realität, die VIERTE

In Kenntnis des antisemitischen Programms der HAMAS (und darauf sich absichernd mit Distanz, jedoch ohne Konsequenz eingehend), wird von einem Sprecher der ANK (wohl aber **nicht** in dieser Funktion; die Rede wurde verteilt, ich habe sie aber auf der Homepage der ANK NICHT gefunden) dennoch ausdrücklich die Demonstration mit diesen Kräften unterstützt. Ein zentrale Satz in seiner Rede lautet:.

“Insbesondere verurteile ich entschieden die reaktionären und antisemitischen Anteile im Programm der Hamas“ (Papier : Hans-Christoph Stoodt: Rede auf der Anti-Kriegs-Demonstration am 17.1,2009)

Anteile? Wer die Charta der Hamas kennt, weiß, dass es einer der hemmungslosesten und wirkungsvollsten Dokumente des Antisemitismus der letzten 30 Jahre ist.

Antisemitismus? Zweitrangig? Es gibt halt Unterschiede, na und?

An die Anwesenden – darunter nicht wenige Hamas-Anhänger – gerichtet heißt es dann:

„Wir haben bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen hier auf diesem Platz, ein gemeinsames Ziel.“

DAS könnte das Problem sein.

»Rundschau hat Antikriegsproteste kleingeschrieben«

Teilnehmerzahlen von Friedensdemo runtergerechnet. Deutsche Medien an der Seite Israels. Gespräch mit Hans Christoph Stoodt (Interview: Gitta Düperthal)

Hans Christoph Stoodt ist Pfarrer in Frankfurt am Main und Sprecher der Anti-Nazi-Koordination

„Sie beteiligen sich an den Protesten gegen den Krieg in Gaza. Was denken Sie über die Berichterstattung der deutschen Medien zu Israels Militäroperation?“

Ich finde, daß die Berichterstattung in der Tagesschau geprägt ist von einer zweifelhaften Ausgewogenheit. Es wird ständig behauptet: Israel lasse täglich Lastwagen mit Medikamenten und Nahrungsmitteln für die Bevölkerung in den Gazastreifen hinein. Der Krieg richte sich nicht gegen die Menschen, sondern gegen die Hamas. Im Gegensatz dazu ist in einem Bericht auf BBC deutlich zu erkennen: In die Krankenhäuser wurden bislang nur zwei Kämpfer der Hamas eingeliefert, Hunderte von Verletzten sind Frauen, Kinder und Unbewaffnete – von denen einige sterben, weil sie keine Medikamente erhalten. Hierzulande wird in den Medien Tag für Tag einseitig berichtet.

Auch die Frankfurter Rundschau hat den Antikriegsprotest kleingeschrieben. Über eine der größten Friedensdemonstrationen der vergangenen Jahre in Frankfurt am Main gegen den Krieg in Gaza am vergangenen Samstag hatte sie in ihrer Online-Ausgabe zunächst gar nicht berichtet. Dann folgte ein süffisant-zynischer Bericht im Lokalteil. Kostprobe: Einen der Demonstranten, der Allah u Akbar (Gott ist groß) gerufen habe, »hätte man mit jedem DJ eines der gehobenen Clubs der Stadt verwechseln können«. Die Teilnehmerzahl, von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dem Hessischen Rundfunk auf 10000 beziffert, hat die FR auf 7000 heruntergerechnet. Ganz ähnlich hatte sie über die letzte Demonstration in dieser Größenordnung in Frankfurt 2003 berichtet.

Damals wurde gegen den Irak-Krieg protestiert ...

Ja, die FR hatte das »Frankfurter Bündnis gegen den Krieg« in der Berichterstattung über einen langen Zeitraum vernachlässigt. Als wir schließlich eine bezahlte Anzeige gegen den Krieg schalten wollten, hat sie die Veröffentlichung abgelehnt. Nach Insiderinformationen soll das Blatt dieses Verhalten, nachdem es publiziert wurde, einige hundert Abonnements gekostet haben. Später hat die FR ihre Berichterstattung geändert – nachdem klar wurde, daß die Bevölkerung den Krieg konsequent ablehnte.

Wie erklären Sie sich diese Vorgehensweise?

Die FR befolgt sklavisch genau die Linie, die das Bundesaußenministerium vorgibt. Damals, vor dem Irak-Krieg hieß es, Deutschland beteilige sich nicht am Krieg. Unsere – wie sich später herausstellte – sehr berechtigte Kritik an der mittelbaren Verquickung Deutschlands in den Krieg war Grund genug, schlecht über uns zu berichten. Heute ist es eindeutiger. Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier weisen die Schuld für den Gaza-Krieg einseitig der Hamas zu. Die FR hält sich stets an die von den Regierenden vorgegebene Linie.

Ich kann nur vergleichen. BBC und andere Medien im Internet, denen man keinerlei Sympathien für die Hamas unterstellen kann, sagen deutlich: Die israelische Besatzung trägt Schuld an diesem Krieg. Mitschuld treffen indirekt die Europäische Union, die USA – und Deutschland. Sie liefern Waffen an Israel und fordern die Hamas zur Zurückhaltung und sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen

auf. Das ist absurd. Wenn Medien in der Mehrheit dieser Linie folgen, ist es nur so zu erklären, dass sie sich mit der Position der Mächtigen und Herrschenden nicht anlegen wollen.

Oder, daß sie keine Stellung gegen Israel beziehen wollen?

Natürlich haben wir in der Bundesrepublik ein Problem: Vielen Menschen fällt es aus historischen Gründen – wegen des Holocaust – schwer, sich im Nahostkonflikt israelkritisch zu äußern. Aber unsere israelischen Freunde auf seiten der Linken erwarten von uns, daß wir gegen den Krieg Stellung nehmen und sie mit dieser Haltung nicht allein lassen. Sie haben es schwer, denn die Rechten übertönen sie mit Sprechhören wie »Tod den Arabern« – beispielsweise vergangenen Samstag in Tel Aviv.

Apologeten des israelischen Kriegs bezichtigen Friedensdemonstranten des Antisemitismus ...

Natürlich gibt es Antisemiten, Nazis und andere Rechte in Deutschland, die sich an unsere Proteste anhängen wollen. Ich verwahre mich jedoch gegen Unterstellungen, antisemitisch zu sein – nur weil ich den Angriffskrieg der Staatsführung Israels kritisiere. Deren Politik ist in ihren Auswirkungen im Moment selber in Gefahr, antisemitisch zu wirken. Sie gefährdet das Leben vieler Juden.“

Aus der ANK Homepage

1. [3](#) hans christoph stoodt [13. Januar 2009 um 12:36](#)

Benni, Mrs. Adornix:

statt einer langen Antwort meinerseits an Sie / Euch beide möchte ich den Beginn eines aktuellen Artikel des israelischen Friedensaktivisten **Uri Avnery** zitieren (Link zum gesamten Artikel folgt am Schluß). Wenn Sie finden / Ihr findet, wir argumentierten wie im Kindergarten, dann kann auch Avnery dort nicht fern sein. Auf Eurer Seite dagegen steht in Israel der gesamte mainstream des militaristisch-nationalistischen Konsenses von den Siedlern über Kach bis Meretz. Wir beziehen uns in unserer Position zum Beispiel auf diese Sicht der Dinge hier, auch wenn für sie in Israel derzeit etwas über dreihundert Kriegsgegner eingeknastet worden sind - oder die in Europa und speziell Deutschland totgeschwiegen wird, wie Avnery:

“Vor fast 70 Jahren wurde während des Zweiten Weltkriegs in Leningrad ein abscheuliches Verbrechen begangen. Länger als tausend Tage hielt eine Gang von Extremisten, die »Rote Armee« genannt wurde, Millionen Einwohner der Stadt als Geiseln und provozierte die deutsche Wehrmacht aus den Bevölkerungszentren heraus. Die Deutschen hatten keine andere Möglichkeit, als die Bevölkerung zu bombardieren und sie einer totalen Blockade auszusetzen, die den Tod von Hunderttausenden verursachte. Nicht lange zuvor wurde in England ein ähnliches Verbrechen begangen. Die Churchill-Bande versteckte sich inmitten der Londoner Bevölkerung und mißbrauchte Millionen Bürger als menschliche Schutzschilde. Die Deutschen waren so gezwungen, ihre Luftwaffe zu schicken und die Stadt widerwillig in Schutt und Asche zu legen.

Dies ist die Beschreibung, die jetzt in den Geschichtsbüchern stünde – wenn die Deutschen den Krieg gewonnen hätten. Absurd? Nicht absurder als die täglichen Nachrichten unserer Medien, die so oft wiederholt werden, daß einem speiübel wird: die Hamas-Terroristen halten die Bewohner des Gazastreifen als »Geiseln« und benützen die Frauen und Kinder als »menschliche Schutzschilde«, sie lassen uns keine Alternative, als massive Bombardements durchzuführen, in denen zu unserm großen Bedauern Tausende von Frauen, Kinder und un-

bewaffneten Männer verletzt oder gar getötet werden. ... (ganzer Artikel: <http://www.jungewelt.de/2009/01-13/014.php>).

Mit den besten Empfehlungen ...

1. [25](#) hans christoph stoodt [16. Januar 2009 um 12:36](#) (ANK HOMEPAGE)

„Obwohl mir nach allen meinen eindeutigen Äußerungen zum Thema Hamas nicht ganz klar ist, weshalb ich das hier noch einmal wiederholen sollte, möchte ich dennoch dazu Stellung nehmen, weil Ihnen das offenbar wichtig ist: die **Hamas** ist in meinen Augen eine politisch rechte, antisemitisch argumentierende Organisation, die ich persönlich als politisch feindlich einstufen würde. Ihren nicht wegzudiskutierenden Charakter als **die derzeitige Vertreterin des palästinensischen Volkes in Gaza** hat sie nicht, weil mir das paßt, sondern aufgrund einer von Israel geforderten, vom Nahostquartett und der UN durchgesetzten, international beobachteten und allgemein als fair eingestufte **demokratischen** Wahl im Jahre 2006. Anstatt das Ergebnis dieser Wahl zu akzeptieren, haben die Vertreter der Werte der westlichen Aufklärung diese Wahl mit der Strangulierung der Bevölkerung des Gazastreifens beantwortet und verweigern jede direkte Diskussion mit deren Regierung. Den eher **Verzweiflungsakten** als regulären militärischen Aktionen ähnelnde Kassam-Angriffen auf die israelische Zivilbevölkerung fielen nach internationalen Quellen in den vergangenen fünf Jahren achtzehn israelische Menschen zum Opfer. Das sind ohne Diskussion achtzehn zuviel. Aber noch einmal - auch wenn es sich verbietet, Menschenleben gegeneinander abzuwägen, stimmen vermutlich auch Sie mir zu, daß es einen Abgrund von Qualitätsunterschied zwischen den israelischen Militäraktionen, **getragen durch 91% Zustimmung der jüdisch-israelischen Bevölkerung (sowie dem anti-deutschen Spektrum in Deutschland)** gibt.

Und wenn Sie hier aus der Charta der Hamas einen wahrhaft abscheulichen Text zitieren, darf ich mit einem Zitat aus dem Gründungsdokument des Zionismus, Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat“ antworten,“

- [28](#) hans christoph stoodt [17. Januar 2009 um 09:40](#) (ANK Homepage)

„Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß ich noch nie “mit der Hamas” demonstriert habe und das auch nie tun werde.....

Ich habe mich am 31.12. und am 3.1. an einer Demonstration der Palästinensischen Gemeinde Hessen beteiligt, zu deren von den Ordnern teilweise **recht handgreiflich durchgesetzten Bedingung** es gehörte, daß es **keinerlei Parteifahren zu sehen gibt - eine Bedingung, die sich zu allererst gegen Hamas und Hisbollah richtete.**

ANHANG II

Gründungserklärung der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt (Juni 2001)

1. Die Anti-Nazi - Koordination Frankfurt ist ein Zusammenschluss von gleichberechtigten und selbstständigen Organisationen und Institutionen, die in Frankfurt und im Umfeld der Stadt gemeinsam und koordiniert gegen Nazis und Rassisten vorgehen wollen.
2. Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass möglichst viele verschiedene Kräfte der Gesellschaft in einem möglichst breiten Spektrum sich in einem Ziel einig sind: Frankfurt am Main ist unsere Stadt. Nazis und Rassisten in allen Spielarten dürfen in ihr nicht Fuß fassen.
3. Die wichtigsten Erfolgsbedingungen im Kampf gegen Nazis und Rassisten sind inhaltliche Klarheit und eine organisatorische Struktur, die es erlaubt, möglichst viele Menschen auf möglichst vielen Ebenen koordiniert in den Kampf gegen Nazis und Rassisten einzubeziehen: in den Betrieben und Verwaltungen, Universität und Fachhochschule, Kirchen und Schulen, in den Medien, im privaten Bereich - überall. Aber wir setzen uns nicht nur defensive Ziele, wollen nicht nur reagieren. Wir werden nicht erst auf die Ankündigung des nächsten Nazi-Aufmarsches warten, bevor wir handeln. Wir ergreifen selbst die Initiative. Wir wollen im alltäglichen Leben unserer Stadt ein deutlich antifaschistisches und antirassistisches Klima schaffen. Hierzu gehört dann aber auch, dieses Klima auf den Strassen, Plätzen und in den Versammlungsräumen zu verteidigen, wo es von Nazis und Rassisten in Frage gestellt wird. Das heißt: wir verpflichten uns, Veranstaltungen und Auftritte von Nazis und Rassisten aktiv zu verhindern.
4. Wir sind uns nicht in allen Fragen einig. Wir haben unterschiedliche Traditionen, Wurzeln und Ziele. Genau das ist aber auch unsere Stärke auf dem Weg für das beschriebene gemeinsame Ziel. Gerade in unserer Unterschiedlichkeit sehen wir gute Möglichkeiten, das Auftreten von Gefühle, Verhaltensweisen, Gedanken und Aktivitäten von Nazis und Rassisten zu erkennen und zu bekämpfen.
5. Zu diesem Zweck gründen wir heute die Anti-Nazi - Koordination Frankfurt am Main. Sie steht allen offen, die sich der vorliegenden Erklärung anschließen. Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Institutionen unserer Stadt zur Mitarbeit auf.

Frankfurt am Main, 6./28. Juni 2001, Katharinenkirche

Zur Debatte in der GEW

Es ist wahrlich keine Zeit zum Fähnchen-Schwenken.

Gegenaufklärerisch

Zur Stellungnahme von G.W.

Formales: In der zweiseitigen Stellungnahme wird in 13 Absätzen in einem Text mit dem Charakter eines Aufrufs, eines Appells an die „Spitzen der DGB-Gewerkschaften“ die Sichtweise des Autors über „Morden und Massaker im Gaza.. „ wiedergegeben.

Dabei werden als positive Bezugspunkte zwei Personen, benannt – der Dichter J.Saramago und das MdB der LINKEN N.Peach. Juristisch werden als Bezug die vierte Genfer Konvention und das Völkerrecht erwähnt. Der Text hat teilweise den Anspruch auf URSACHEN und SCHULD einzugehen.

Gleichzeitig wird in diesem Text eine lange Reihe von über 60 Tatsachenbehauptungen thesenartig aufgestellt.

Durch den Text wird auch eine politische Positionierung des Autors über seine Vorstellung der „Lösung“ des Konfliktes grundsätzlich und für den Augenblick formuliert. Dabei wird Position zur HAMAS bezogen. Außerdem enthält der Text eine Einschätzung der Position A. Merkels und F. Steinmeiers sowie einen pointierten kritischen Hinweis auf die Abhängigkeit der Spitzen der DGB-Gewerkschaften vom „Willi-Brand-Haus“. Es wird zudem deutlich, dass der Text noch während der Bombardierung des Gaza-Streifen durch die israelische Luftwaffe verfasst wurde.

Methodische Vorbemerkung

Würde man den Text Satz für Satz vorlesen und nach jedem Satz fragen: „Stimmt das eigentlich, lässt sich das belegen?“ würde sich (bis auf den 12 und 13 Absatz, die im konjunktiv oder in Frageform oder in allgemeinsten Form formuliert sind) Satz für Satz nachweisen lassen, dass keine einzige der dort aufgestellten - manchmal in indirekter Form vorgetragenen - Behauptungen sich aufrecht erhalten lässt. Sie sind falsch, enthalten „halbe Wahrheiten“ und vergrößern einzelne Erscheinungen zu angeblich allgemeinen Erscheinungen.

Durch den vorgegeben unsystematischen Aufbau des Textes würde jeder Versuch einer Punkt-für Punkt Widerlegung entlang der 13 Absätze zu einer konfuse Textansammlung führen, dem Durcheinander von Wichtigem und Unwichtigem des Autors des Aufrufs auf den Leim gehen und könnte so nicht zu einer Klärung und Aufklärung beitragen. Das Problem vergrößert sich vor allem dadurch, dass die seriöse Widerlegung einer überaus urteilsfreudigen Tatsachenverfälschung in der Regel wesentlich mehr Raum einnehmen wird, als die Aneinanderreihung der falschen Behauptungen. Damit nicht genug: Kern einer Textanalyse ist sehr oft, insbesondere beim vorliegenden Text welche – wesentlichen – Fragen NICHT angeschnitten werden, obwohl sie angeschnitten werden müssten. Daher stellt sich die nachfolgende Kritik des Textes im Rahmen einer gewerkschaftlichen Publikation lediglich die Aufgabe, die strukturellen GRUNDFEHLER deutlich zu machen.

DREI GRUNDLEGENDE STRUKTURELLE KRITIKEN

ERSTENS Willkürliche Auswahl von „Kriegsursachen“ und geschichtsrevisonistische Begrenzung der geschichtlichen Ursachen des aktuellen Konflikts auf die israelische Besetzungen 1967 (7.Absatz).

Jede ernsthafte Beschäftigung mit diesen heutigen Fragen, so die Gegenthese, muss die von der UNO beschlossene Resolution über die Gründung zweier Staaten – Israel und Palästina -, als geschichtlichen Knotenpunkt begreifen, der selbst wiederum völlig unverständlich bleiben muss, wenn nicht die Vorgeschichte des englischen Kolonialismus, der Kollaboration der arabischen, insbesondere auch palästinensischen Eliten mit dem NS-Regime, die Situation der jüdischen Flüchtlinge in und nach der NS-Zeit, die Besonderheiten der Gründung der UNO aus den Mitgliedern der Staat der Anti-Hitlerkoalition, und der erste israelisch-arabische Krieg 1948 – der Überfall gegen Israels nach dessen Gründung, die Anneignung großer Gebiet des für den palästinensischen Staat vorgesehen Gebietes durch das Königreich Jordanien usw. analysiert werden.

Auch die aktuelle These, dass die „selbst gebastelten Quassam Raketen“ (?!) so der Text „mitnichten“ Kriegsursachen seien (7.Absatz), ist falsch. Bei einer ernsthaften Analyse der Fülle von historischen und aktuellen Kriegsursachen im unmittelbaren Sinne spielen dieses mörderischen, ausschließlich gegen Zivilisten gerichteten Mordwerkzeuge nicht die einzige, sehr wohl aber eine bedeutende Rolle – ebenso wie die Serie der HAMAS Anschläge gegen Zivilisten in Israel. Das es noch viele weitere unmittelbare Ursachen, etwa für den Zeitpunkt des Militärschlages gab (u.a. die anstehenden Wahlen in Israel), dass zudem die Ursachen tiefer liegen, tiefer auch als in der Besetzung 1967, sei hier festgehalten.

ZWEITENS: Die bagatellisierende Einschätzung der HAMAS ist u.a. Ausdruck fehlender innerer Anteilnahme an der leidgeprüften palästinensischen Bevölkerung.

Der Kernfrage ist nicht, ob mit Organisationen wie Hamas verhandelt wird oder nicht verhandelt wird, sondern die Kernfrage ist, welchen Charakter diese Organisation hat. Die Feststellung „man muss kein Freund der Hamas“ sein (11. Absatz), nachdem ihr Ziel eines „Scharia-Staates“ benannt wurde, ignoriert bagatellisierend das zutiefst antisemitische Hetzprogramm (Charta) der Hamas, in dem zudem jegliche Verhandlungen prinzipiell abgelehnt und den „Islam“ (wie ihn die Hamas versteht) als Staatsreligion für „jeden Zentimeter“ von Palästina gefordert wird (und die Gründung Israels von Anfang an abgelehnt wird). Der behauptete „Widerstand des gesamten palästinensischen Widerstands“ (4.Absatz) sieht nicht den innerpalästinensischen Terror der Hamas oder will ihn nicht sehen. Die Gefängnisse der HAMAS sind voll von Fatah-Mitgliedern, die Liste der von der Hamas ermordeten und „hingerichteten“ Mitglieder anderer palästinensischer Organisationen ist lang. Hier kann es nicht den Funken einer Solidarität geben.

DRITTENS: Die Darstellung der Haltung von Regierung und Medien zum Gaza-Konflikt in Deutschland hält keinerlei Prüfung stand und übergeht zudem die Ausnutzung des Gaza-Konflikts zur Schürung von Geschichtsrevisonismus und Antisemitismus in Gewerkschaften und „auf der Straße“.

Um diese Gegenthese zu überprüfen stehen die Dokumente der Regierungsparteien und der anderen Parteien zur Verfügung – ebenso gibt es systematische Auswertungen der Medienberichterstattung und Medien-Kommentare in ihren Facetten. Die Analyse der bundesrepublikanischen Politik und Wirtschaftspolitik gegenüber Israel und im arabischen Raum zeigt, dass aus nahe liegenden imperialen Gründen sowohl öffentlich als auch ohne Medien „beide Seiten“ im Nahost-Konflikt - auch militärisch – „unterstützt“ werden. Noch gewichtiger als die unwahre Behauptung einer angeblich „einseitigen“ Unterstützung Israels ist jedoch zu analysieren, wie real auf der Straße geschichtsrevisonistische und antisemitischen Slogans auch in der so genannten „gewerkschaftlichen Linken“ Fuß fassen. Es ist eine dokumentierte Tatsache, dass ohne jegliches Schamgefühl auf den Demonstrationen Dezember 2008/ Januar 2009 die Gleichsetzung der Politik Israels mit den Nazis, dem Holocaust (Siehe die Fotos von den aktuellen Demonstrationen), der Schulterschluss mit türkisch-reaktionären Organisationen und die inhaltlichen Parolen der Hamas, deren Anhänger massiv vertreten waren, einschließlich klar antisemitischer Hetz-Transparente, geduldet wurde.

Fazit:

Stil und Inhalt des Aufrufes sind genaueklärerisch.

Benjamin Ortmeyer

Persönliche Nachbemerkung: Seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten bemühe ich mich, Provokationen innerhalb der GEW aus dem Weg zu gehen – etwa wenn in einer Vorstandssitzung der GEW in der Bleichstrasse demonstrativ kleine Palästina-Fähnchen auf jedem Platz lagen. Meine Position war und ist: **Es ist wahrlich keine Zeit zum Fähnchen-Schwenken.**

Morden und Massaker in Gaza...

... und die DGB-Gewerkschaften schweigen! - Wie lange noch?

"Das Skandalöseste an den Ereignissen in Gaza ist, dass sie geschehen können, ohne dass etwas geschieht. Die Straflosigkeit Israels wird nicht in Frage gestellt. Die fortgesetzte Verletzung internationalen Rechts, der Genfer Konvention und der Mindeststandards an Menschlichkeit bleibt ohne Konsequenzen. "

Diese Feststellung in dem jüngst von iberischen Schriftstellern, darunter dem portugiesischen Literaturnobelpreisträger José Saramago unterzeichneten Aufruf gegen den Krieg in Gaza, beschreibt eine traurige Realität auch hierzulande.

Die Bevölkerung in Israel hat ein Recht auf Sicherheit, aber nicht das Recht, den Weg dorthin mit palästinensischen Leichenbergen zu pflastern. Bundeskanzlerin Merkel hat den israelischen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung jedoch gutgeheißen, indem sie völlig undifferenziert der Hamas die "alleinige und ausschließliche" Schuld an den Kriegshandlungen der Israelis in Gaza gab. Das war grünes Licht für die Aggressoren.

Dass militärische Aktionen zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden müssen, ist ein Grundelement des humanitären Völkerrechts, das die israelische Kriegspolitik mit Füßen tritt. Dazu schweigt die Bundesregierung ebenso lautstark wie zum permanenten Verstoß gegen das in der Vierten Genfer Konvention formulierte strikte Verbot einer kollektiven Bestrafung, wie sie den Palästinensern fast täglich zuteil wird. Man sagt, man sei gegen den Terror der Hamas, in Wirklichkeit aber bekämpft man den Widerstand des gesamten palästinensischen Volkes. In dem von Mauer und Stacheldraht eingeschlossenen Westjordanland starben allein im Jahr 2008 45 Palästinenser durch israelische Angriffe, obwohl keine einzige Rakete von dort abgeschossen wurde.

Von einer Lösung des Nahost-Problems auf Grundlage der UNO-Resolutionen, die den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten - und damit auch aus dem Gaza - fordern, ist weder bei Frau Merkel noch Herrn Steinmeier die Rede. Vom international anerkannten Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, das dennoch vom israelischen Staat und vielen westlichen Staaten boykottiert und unterlaufen wird, wird offiziell geschwiegen. Lediglich vom Existenzrecht des Staates Israel redet man, obwohl es - wie jede/r weiß - gerade durch die Ausweitung der gegenwärtigen Kampfhandlungen auf lange Sicht gefährdet wird.

Dass ein Frieden im Nahen Osten ebenso das Existenzrecht eines palästinensischen Staates voraussetzt, nämlich das Recht der Menschen in Palästina, frei von Staatsterrorismus, Gewalt und Unterdrückung, frei von Hunger, Elend und gezielten Tötungen ein menschenwürdiges Leben führen zu können - auch darüber wird geschwiegen. Und die deutschen Gewerkschaften schweigen mit.

Was sind die gegenwärtigen Kriegsursachen? Sie liegen mitnichten in den selbst gebastelten Qassam-Raketen der Hamas: Die Kriegsursachen liegen im 41-jährigen völkerrechtswidrigen Besatzungsregime der Israelis, in der jahrelangen Hunger-Blockade des Gazastreifens. Darüber schweigt die Bundesregierung. Nicht zuletzt deshalb, weil sie an der Einkesselung und Gettoisierung der Gaza-Palästinenser durch Beteiligung an der Sicherung der ägyptischen Grenze aktiv mitbeteiligt ist.

Wer wie die deutsche Bundesregierung einerseits behauptet, man müsse alles tun, um zivile Opfer zu vermeiden, andererseits aber Israel darin bestärkt, Verhandlungen mit der Hamas auszuschlagen, handelt heuchlerisch und trägt eine Mitverantwortung für die Beibehaltung der Gewaltspirale. Auch dazu schweigen DGB-Gewerkschaften.

Die gegenwärtigen Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung mit nahezu 1.000 Toten binnen zwei Wochen, die Bombardierungen einer auf engstem Raum zusammengepferchten Bevölkerung, die zu über 50 % aus Kindern besteht und sich aufgrund der allseitigen Abriegelung des Gazastreifens den permanenten Angriffen durch Flucht gar nicht entziehen kann - all das ist eine zynische Verhöhnung des Rechts und schon aus Gründen der jeder/m offensichtlichen Unverhältnismäßigkeit nicht mit "Selbstverteidigung" zu rechtfertigen.

"Wie jedes Volk unter rechtswidriger Besatzung haben auch die Palästinenser ein Recht auf Widerstand. Für eine rechtswidrige Besatzung gibt es aber kein Recht auf Verteidigung, sondern nur die Verpflichtung, die Besatzung vollständig aufzuheben" _ formulierte der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech vor kurzem trefflich.

Man muss kein Freund der Hamas und ihres politischen Programms eines Scharia-Staates in Palästina sein, um einzusehen, dass die Weigerung Israels zu politischen Kontakten mit der Hamas nur dem Wunsch nach einer Verlängerung der Kampfhandlungen geschuldet ist. Um aber, die militärischen Exzesse zu stoppen und einer politischen Lösung der Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern den Weg zu ebnet, ist die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Hamas notwendig. Dabei muss die Hamas als gleichberechtigte Verhandlungspartnerin anerkannt werden, die ein Mandat hat, das ihr durch freie und demokratische Wahl erteilt wurde.

Es würde den DGB-Gewerkschaften gut zu Gesicht stehen, wenn sie ihr Schweigen zum Blutvergießen in Gaza brechen würden, wenn sie die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand der Kriegsparteien verbinden würden mit der Forderung nach einer gleichzeitigen permanenten Öffnung des Gazastreifens.

Worauf warten die Spitzen der DGB-Gewerkschaften noch? Auf Handreichungen aus dem Willi-Brandt-Haus? Die Zeit drängt. Es darf nicht noch mehr Blut vergossen werden! Allen ernsthaft am Frieden in der Welt Interessierten ist doch klar, dass jede weitere Eskalation im Nahen Osten, etwa durch eine Ausdehnung des Konflikts auf den Iran, brandgefährlich und nicht hinnehmbar ist. Die DGB-Gewerkschaften stehen deshalb in der Pflicht. Und es wäre längst an der Zeit, dass Gewerkschaftsmitglieder sich in diesen Fragen klar und eindeutig artikulieren. Die Leisetreterei muss endlich ein Ende haben!

ViSdP.: Gerhard Walentowitz, Waldschmidtstr. 55, 60316 Frankfurt; Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

